

Kleine Anfrage der Fraktion der CDU

Jugendhilfe und Fremdplatzierung – Kindswohl stärken

Die Zahl der Fremdplatzierungen und die Dauer der Unterbringung von Kindern und Jugendlichen in verschiedenen Betreuungsmaßnahmen außerhalb ihrer Familien nimmt seit dem Fall Kevin im Land Bremen stark zu. Suchtproblematiken, Arbeitslosigkeit, Armut, die Erkrankung oder Trennung von Eltern und Erziehungsprobleme sind nur einige Gründe, die zu diesen Maßnahmen führen können. Einen Mittelweg zwischen der Unterstützung der betroffenen Familien und der Wahrung des Kindswohls zu finden, ist Aufgabe der Jugendhilfe. Die Unterbringung von Kindern und Jugendlichen außerhalb ihrer Familien ist dabei das letzte Mittel zur Sicherung des Kindswohls.

Die Stadt Bremen nimmt allerdings im Vergleich zu anderen deutschen Großstädten einen bundesweiten Spitzenplatz in der Leistungsdichte dieser Hilfen ein (2009). Daher muss regelmäßig geprüft werden (zuletzt beschäftigte sich die Bürgerschaft in der Drucksache 17/1488 mit diesem Thema), ob die Entscheidungen zur Fremdplatzierung richtig und notwendig waren, ob die bereitgestellten Hilfen sinnvoll und nachhaltig eingesetzt wurden und wie die entsprechenden Behörden im Land Bremen bei der Sicherung des Kindswohls zusammenarbeiten.

Vor diesem Hintergrund fragen wir den Senat:

1. Wie viele Kinder und Jugendliche waren am Stichtag 31.09.2011 in welchen bremischen bzw. auswärtigen Jugendhilfeeinrichtungen stationär untergebracht, (bitte genaue Aufschlüsselung aller Einrichtungen mit der jeweiligen Anzahl) wie stellt sich dabei die Aufteilung nach Alter und Geschlecht dar und welche Probleme lagen jeweils der Fremdplatzierung zugrunde?
2. Wie lange war 2011 die Verweildauer der Jugendlichen in diesen Einrichtungen (differenziert nach der obenstehenden Aufschlüsselung der Einrichtungen), fanden regelmäßige Überprüfungen dieser Maßnahmen statt, wenn ja in welcher Form und wurden regelmäßig Gespräche mit diesen Einrichtungen geführt bzw. diese regelmäßig besucht?
3. In wie vielen Fällen wurde die Hilfeplanung halbjährlich fortgeschrieben, wie häufig ist die Fortschreibung unterblieben und warum und wie oft werden Gespräche mit den Kindern/Jugendlichen sowie den Eltern bzw. Erziehungsberechtigten geführt?
4. Bei wie vielen Kindern/Jugendlichen erfolgte eine stationäre Unterbringung nach einer vorhergehenden ambulanten Maßnahme und bei wie vielen

Kindern/Jugendlichen wurde die Fremdplatzierung durch eine ambulante Maßnahme „abgelöst“?

5. Wie hoch waren 2011 die durchschnittlichen monatlichen Kosten für eine stationäre Maßnahme und wie stellen sich die Kosten Bremer Einrichtungen zu vergleichbaren Kosten auswärtiger Einrichtungen dar (differenzierte Darstellung nach Maßnahmenangebot)?
6. Aus welchen Gründen sind weitaus mehr Kinder und Jugendliche im Bremischen Umland untergebracht, als im Land Bremen selbst und welche Angebote fehlen dazu im Land Bremen, was unternimmt der Senat um in diesem Bereich Anpassungen vorzunehmen?
7. Welche Zusatzleistungen wurden neben dem festgelegten Pflegesatz geleistet, wer entschied über diese Zusatzleistungen, weshalb waren diese Zusatzleistungen nötig, wurden diese Zusatzleistungen zentral erfasst und wie hoch war 2011 die Gesamtsumme dieser Zusatzleistungen?
8. Gibt es einheitliche Richtlinien für die Gewährung von Zusatzleistungen, wer innerhalb des Amtes für Soziale Dienste überprüft gegebenenfalls deren Einhaltung, gibt es eine zentrale Steuerung dieser Zusatzleistungen und falls nein warum nicht?
9. Wie wird der Zugang in stationäre Maßnahmen gesteuert und wird die entsprechende fachliche Weisung, nach der alle Maßnahmen mit dem zentralen Beratungsdienst abzuklären sind, eingehalten?
10. In welcher Form erfolgt das Controlling der Unterbringungen und der damit verbundenen Kosten, findet eine Kostenkontrolle in den Sozialzentren und zentral für ganz Bremen und Bremerhaven statt, wo laufen alle Informationen zu den Maßnahmen zusammen und wie werden die Ergebnisse bei weiteren Fremdplatzierungen genutzt und gibt es ein zentrales EDV-Programm, aus dem einzelne Daten zeitnah erfasst und die aktuellen Kosten dargestellt werden können?
11. Wie zeitnah erfolgt die Auszahlung der für die Fremdplatzierung fälligen Kosten bei den Trägern und welche Außenstände gibt es?

Sandra Ahrens, Dr. Rita Mohr-Lüllmann, Thomas Röwekamp und die Fraktion der CDU